

Marcos Tod

Am 28. September ist Ex-Präsident Ferdinand Marcos im Alter von 72 Jahren im Exil von Hawaii an den Folgen eines chronischen Nierenleidens gestorben. Die Forderung seiner Anhänger, ihn zu überführen und auf den Philippinen beizusetzen, wurde von Cory Aquino aus Sicherheitsgründen abgelehnt. Der Oberste Gerichtshof, der mit der Frage befaßt wurde, entschied ebenso mit knapper Mehrheit von 8:7 Stimmen gegen die Überführung zum augenblicklichen Zeitpunkt.

Mit einer Erklärung vom 30. Juni hatte Marcos zusammen mit seiner Familie die Rechtmäßigkeit von Frau Aquinos Präsidentschaft anerkannt, um sie für eine Rückkehr günstig zu stimmen. Die Rückkehr war bisher an die Rückgabe der "Marcos-Millionen" geknüpft worden. Als Marcos im Januar dieses Jahres Senatspräsident Jovito Salonga 5 Mrd. US\$ für eine straffreie Rückkehr anbot, war er aufgefordert worden, eine generelle "Abbitte" beim philippinischen Volk zu leisten. Imelda Romualdez-Marcos teilte nach seinem Tode mit, daß er "alles Vergängliche" dem philippinischen Volk vermacht hätte. Sie wurde daraufhin gebeten, sein Testament bekanntzugeben.

Vor philippinischen Gerichten sind gegen Marcos und 16 seiner Günstlinge Zivilklagen über insgesamt 100 Mrd. US\$ erhoben worden. Allgemein wird angenommen, daß Marcos während seiner Präsidentschaft seit 1965 insgesamt 10 Mrd. US\$ außer Landes geschafft hat. Das Land ist in dieser Zeit ausgeblutet und in Armut gestürzt worden. Die Auslandsschulden sind von 2,2 Mrd. US\$ bei seinem Amtsantritt auf 28 Mrd. US\$ bei seiner Vertreibung 1986 gestiegen. Das wirtschaftliche Wachstum von jährlich 6 % in den siebziger Jahren war 1986 auf minus 5 % gesunken.

Marcos hatte es verstanden, das Volk so sehr zu täuschen daß es ihm auch dann noch zustimmte, als er es unterdrückte und ausbeutete.

vgl. FEER v. 12.10.;
AW v. 13.10. u. 10.11.; SOAA v. September 89

Autonomie von "Moslem-Mindanao" in Volksabstimmung abgelehnt

Am 19. November ließ Frau Aquino eine Volksabstimmung über den "Organic Act" durchführen, mit dem die in der Verfassung vorgesehene Autonomie für die überwiegend von Moslems bewohnten Provinzen Mindanaos geregelt werden sollte. Die Abstimmung über die Autonomie für die kulturellen Minderheiten in den Kordilleren Nord-Luzons ist für Februar 1990 vorgesehen. In 13 Provinzen und neun Städten Mindanaos und der Sulu-See wurde abgestimmt. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 50 %, in der Stadt Cotabato, die als Zentrum von "Moslem-Mindanao" vorgesehen ist, bei nur 20 %. Der "Organic Act" wurde bis auf

vier Provinzen in allen anderen Wahlbezirken mehrheitlich abgelehnt. Die Ablehnung bedeutet die erste Niederlage Frau Aquinos in ihrem Bestreben, durch formale Erfüllung der Verfassung die Demokratie des Landes wiederherzustellen.

Der jetzt zur Abstimmung gestellte "Organic Act" bewegt sich im Kontext der allgemeinen Dezentralisierung der Administration und respektiert zu wenig die kulturelle Eigenständigkeit der Moslems und garantiert keine eigentliche Selbstständigkeit im politischen und wirtschaftlichen Sinne. Auch die finanziellen Anreize, wie 454,5 Mio. US\$ Entwicklungshilfe für fünf

Das Geschäft der USA mit den Stützpunkten

Im Dezember dieses Jahres beginnen die Verhandlungen über die Verlängerung der Stützpunktverträge, die im September 1990 abgeschlossen sein müssen, ein Jahr vor dem Ablauf des gegenwärtigen Vertrages. Ende September hielt sich der US-Vize-Präsident Dan Quayle in Manila auf, um den Rahmen für die Verhandlungen abzustecken: Kredite für die philippinische Wirtschaft gegen Verlängerung der Verträge. Während eines neuntägigen Besuches von Frau Aquino in den USA von Anfang November ließ George Bush keinen Zweifel an diesem Deal und suggerierte das philippinische Eigeninteresse an den Stützpunkten: "Ein neues Sicherheitsabkommen wird die zwischen staatliche Wirtschafts- und Militärhilfe garantieren." Dementsprechend teilte Richard Solomon, Staatssekretär für Asien und den Pazifik im Außenministerium, zum Abschluß des Staatsbesuches die neue Denkrichtung mit: "Wir gehen von einer geschäftlichen Regelung aus." Frau Aquino traf während ihres zwölfstündigen Aufenthaltes in Washington dreimal mit Präsident Bush zusammen, konnte aber keine finanzielle Zusage für Wirtschaftskredite erhalten, lediglich die Garantie für den Anteil der

USA von 200 US\$ für den "Mini-Marshall-Plan", die bereits Anfang Juli in Tokio zugesagt worden waren.

Frau Aquino hatte 1984 auf dem Höhepunkt des "Parlaments der Straße" eine Resolution gegen die Verlängerung der Stützpunktverträge mitunterschieden, 1986 bei ihrer Machtübernahme aber erklärt, daß sie ihre "Optionen offenhält". Seit Mitte dieses Jahres hat sie sich die Position des Sprechers des Abgeordnetenhauses Ramon Mitra zu eigen gemacht, "das Volk zu befragen". Aufgrund der kolonialbedingten Anhänglichkeit der Bevölkerung an die USA und der zunehmenden Verarmung kann man damit rechnen, daß 50-60 % für die Beibehaltung der Stützpunkte votieren werden.

Im Senat, der für die Ratifizierung von außenpolitischen Verträgen zuständig ist, haben sich 15 von 23 Senatoren, unter ihnen der Senatspräsident Jovito Salonga, gegen die Verlängerung der Verträge ausgesprochen und bestehen auf der Einhaltung der Verfassung, die keine Militärstützpunkte ausländischer Mächte auf den Philippinen zuläßt. Die Befürworter der Stützpunkte haben keine Skrupel, mit einer Volksabstimmung die Verfassung zu unterlaufen, wie Ramon Mitra vertritt: "Falls

Jahre oder Verbleib des Steueraufkommens in den Provinzen in Höhe von 60 %, verfehlten ihre Wirkung.

In der Region hat sich die Initiative: Nationale Organisation gegen den "Organic Act" gebildet, die davon ausgeht, daß die Probleme nicht in der Glaubenszugehörigkeit liegen, sondern in den wirtschaftlichen Interessen von Großgrundbesitzern und Agrarunternehmen, die sich auf Kosten von Christen und Moslems bereichern und von der Aquino-Administration ausgehalten werden.

vgl. FEER v. 7.9. u. 30.11.89 ;
MDA v. 23.11. u. 30.11.89

das Volk die Verträge ablehnt, haben die Senatoren nichts mehr zu beschließen." Er meint wohl in Wirklichkeit, daß die Senatoren vor einem Dilemma stehen, wenn das Volk für die Stützpunkte stimmt.

Inzwischen ist eine breite Koalition ABACADA gegen die Verlängerung der Verträge gebildet worden, an der Senatoren, Abgeordnete und alle Bürgerinitiativen gegen die Stützpunkte beteiligt sind.

vgl. FEER v. 5.10. u. 12.10.; AW v. 6.10.; 27.10. u. 24.11.89

VR Chinas Kritik an Taiwan-Geschäften

Seit der Machtübernahme von Frau Aquino im Jahre 1986 findet ein Boom taiwanesischer Investitionen auf den Philippinen statt. Die Investitionen erreichten 1987 bereits 9 Mrd. US\$, stiegen 1988 auf 127 Mrd. US\$ und standen Mitte 1989 bereits bei 118 Mrd. US\$. Damit liegt Taiwan bei Investitionen vor Japan und den USA. Der Handel Taiwans mit den Philippinen ist doppelt so hoch wie mit VR China. Der Trend dauert an, da chinesisch-stämmige Philippinos eine enge Beziehung zu Taiwan unterhalten.

Außenminister Raul Manglapus reiste Ende Oktober nach Taiwan, um die Wirtschaftsbeziehungen mit Taiwan weiter

auszubauen, wobei er auch mit Taiwans Außenminister Lien Chan zusammengetroffen ist. Lien Chan soll sich ebenfalls öfters auf den Philippinen aufgehalten haben.

Aus VR China ist gegen diese verstärkten Wirtschaftskontakte eine Protestnote vorgebracht worden, in der vor einer politischen Ausweitung der Kontakte und einer Quasi-Anerkennung Taiwans gewarnt wird. Mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und den Philippinen von 1975 ist auch von den Philippinen die Ein-China-Politik Beijings anerkannt worden.

Im Kongreß liegt bereits die Vorlage eines "Philippinen-Taiwan-Begünstigungsgesetzes" vor. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, ist eine Konfrontation mit China zu erwarten.

vgl. FEER v. 16.11.89

Beim sechsten Putschversuch griffen die USA mit Kampfflugzeugen ein

Am 1. Dezember lancierte Oberst "Gringo" Honasan aus dem Untergrund einen gutgeplanten Putschversuch gegen Frau Aquino und ihre Regierung. Auf dem Höhepunkt des Putschversuchs hatten etwa 3.000 Elitetruppen der Marines und Rangers drei Militärstützpunkte und die Fernsehstation der Regierung in Manila übernommen, den Präsidentenpalast Malacanang umstellt und mit Raketen angegriffen. Weitere Truppen von Cagayan in Nord-Luzon, Bicol, Cebu und Mindanao waren unterwegs nach Manila. Die Putschisten hatten Frau Aquino ein Ultimatum gestellt, bis zum Mittag des 1. Dezember zurückzutreten und mit ihnen über eine Koalitionsregierung zu verhandeln. Sie forderten Neuwahlen innerhalb von sechs Monaten, Ausrottung der Korruption und drastische Wirtschaftsreformen, was auch immer darunter zu verstehen ist. Oberst Honasan gehört den "Jungtürken" RAM (Reform the Armed Forces Movement) an, die

Überfall und Verhaftung im Zusammenhang mit dem deutschen Bondoc-Entwicklungsprojekt

Am 19. September wurden Büro und Wohnungen des Ökumenischen Zentrums für Entwicklung und Forschung CEDAR in San Pablo, Provinz Laguna vom Geheimdienst des Militärs überfallen und vier Mitarbeiter festgenommen. Die Ausrüstung des Büros wurde beschlagnahmt und abtransportiert. Die Mitarbeiter wurden nach einer Woche Haft auf Kautions freigelassen.

Der regierungsunabhängigen Entwicklungsorganisation CEDAR wird vorgeworfen, als Frontorganisation der Nationaldemokratischen Front NDF von Süd-Luzon zu fungieren und Hilfsgelder aus dem Ausland an den Untergrund zu vermitteln. Außerdem sollen bei der Durchsuchung vier Granaten und eine Pistole gefunden worden sein.

CEDAR ist seit sieben Jahren mit dem Aufbau von Basisorganisationen zur Selbsthilfe beschäftigt und kooperiert mit verschiedenen ausländischen Hilfsorganisationen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den verarmten Landprovinzen von Süd-Luzon, wie beispielsweise mit der Evangelischen Zen-

tralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) in Bonn.

Die Konfrontation mit dem Militär und der Versuch, die Arbeit von CEDAR zu behindern, stammt aus der Auseinandersetzung mit dem deutsch-philippinischen Entwicklungsprojekt auf der Halbinsel Bondoc in Süd-Luzon. CEDAR hatte Kritik am Ansatz des Projektes wegen des Übergewichtes von Infrastrukturmaßnahmen geübt und die Kooperation nur unter der Bedingung zugesagt, daß die Bevölkerung direkt von den Entwicklungsmaßnahmen profitiert. Kurz vor dem Überfall und der Festnahme von Mitarbeitern hatte es eine Auseinandersetzung zwischen der Leiterin Frau Helen Silva und dem Abgeordneten Benvenido Marquez deswegen gegeben, wobei CEDAR wegen des Basisansatzes als kommunistische Frontorganisation klassifiziert worden war.

Von der Deutschen Botschaft und dem Verwaltungsleiter der GTZ, Herrn Oluf Kiel, in Manila wird die Klassifizierung von CEDAR als kommunistische Frontorganisation durch den Abgeordneten Marquez und das Militär offen-

sichtlich geteilt. Es gibt keine Stellungnahme zu ihrer Entlassung. Inoffiziell wird die Versión des Militärs weitergegeben. Bischof Gabriel Garol von San Pablo protestierte gegen den Angriff auf CEDAR, dessen "einziges Ziel es ist, die Lage der Armen zu verbessern und den Entwicklungsprozeß auf dem Lande zu fördern."

Die Bundesregierung ist in weitere Schwierigkeiten geraten. Nachdem die Straßenaufbaukomponente von 21 Mio. DM vorläufig zurückgestellt worden ist, soll vorläufig mit 5,6 Mio. DM technischer Hilfe Trinkwasser, Gesundheitsdienst und landwirtschaftliche Beratung unter der Bevölkerung finanziert werden. Die Zielbevölkerung auf der Bondoc-Halbinsel kann jedoch nur von regierungsunabhängigen Organisationen erreicht werden. Wenn das Militär diese Möglichkeit verhindert, gibt es keine Basis mehr für die Durchführung des Projektes. Im Bundestag liegt inzwischen ein Antrag der Grünen vor, dieses Projekt endgültig abzubrechen und zu beenden.

vgl. Stellungnahme und Presserklärung von Task Force Detainees von Süd-Luzon v. 20.9.; Manila Bulletin v. 20.9.; Philippine Daily Inquirer v. 22.9.89

sich 1986 mit dem damaligen Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile dem "Parlament der Straße" gegen Marcos angeschlossen hatten und seitdem einen Anteil an der Macht fordern. Im August 1987 hatte Honasan einen ähnlichen Putschversuch unternommen und operiert seitdem aus Untergrund gegen Frau Aquino und ihre Regierung.

Frau Aquino hat auf Betreiben von Verteidigungsminister Fidel Ramos und Generalstabschef Renato de Villa die USA um militärische Unterstützung für ihre loyalen Truppen gebeten. Durch den Einsatz von Kampfflugzeugen der US-Airforce von Clark Airbase wurde der militärische Widerstand der Aufständigen gebrochen. Bei den Kämpfen sind über 50 Zivilisten umgekommen und sehr viele verletzt worden.

Für den 1. Dezember hatten

der Gewerkschaftsverband KMU, die Studentenvereinigung LFS, Lehrerverbände und ein breites Spektrum von Volksorganisationen zum Streik und zu Demonstrationen gegen die 30 % Preissteigerung für Benzin und Treibstoffe aufgerufen. Die Putschisten hatten den Streik und Demonstrationstag geschickt für sich genutzt.

Der Putschversuch geschah im Augenblick des Tiefstands von Frau Aquinos Popularität. Das Wachstum der Wirtschaft hat keine Veränderung der Lebensbedingungen der Mehrheit der verarmten Bevölkerung gebracht. Seitdem die USA versuchen, durch ihre Kreditpolitik die Verlängerung der Stützpunktverträge zu erzwingen, ist das Wachstum zum Erliegen gekommen.

Frau Aquino bedankte sich bei Präsident Bush, der sich in Malta für das Gipfetreffen mit Gorbatschow aufhielt, für die

Hilfe und bekräftigte, daß die Philippinen "Schulter an Schulter mit den USA für die Freiheit eintreten". Der Versuch von Präsident Bush, Frau Aquino vom Nutzen der Stützpunkte für ihre eigene Sicherheit zu überzeugen, hat vollen Erfolg gehabt.

Der Pressesprecher des sowjetischen Parlaments Arkadi Maslenikow äußerte sich kritisch gegenüber der Intervention der USA auf den Philippinen: "Wir sind gegen solche Einmischung."

Auf den Philippinen wird die Rettung der Regierung durch den direkten militärischen Eingriff der USA von ihren Stützpunkten aus eine neue Auseinandersetzung um die Stützpunkte und die Legitimität von Frau Aquino und ihrer Regierung auslösen.

vgl. BBC v. 1.12.89